

Kitas brauchen Qualität

MECKLENBURG-VORPOMMERN – Unzureichende Novellierung des Gesetzes



Demonstration in Rostock zum Kindertagesförderungsgesetz

Sabine Lünert leitet eine AWO-Kita in Ludwigslust. Sie ist Vertrauensfrau, Sprecherin ihrer Betriebsgruppe und Mitglied der Tarifkommission. Sie weiß, was Erzieher/innen leisten und wie wichtig eine Aufwertung des Berufes ist. „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“ ruft Sabine Lünert den mehr als 200 Erzieher/innen zu, die am 10. Juni in Rostock gegen das geplante Kindertagesförderungsgesetz (KiföG) in Mecklenburg-Vorpommern auf die Straße gegangen sind. Die Botschaft der bunten und lauten Demonstration an die SPD-CDU-Landesregierung: Nein zur Absenkung der Qualifikationsniveaus in den Krippen und Kitas, Ja zu einer besseren Personalausstattung.

Neue Ausbildung

Statt den zunehmenden Anforderungen der frühkindlichen Bildung Rechnung zu tragen, will die Große Koalition mit dem Hinweis auf den Fachkräftemangel eine drei Jahre dauernde, praxisorientierte Ausbildung einführen, die zunächst mit dem Abschluss einer „staatlich geprüften Fachkraft in Kindertagesstätten“ enden sollte. Durch den gewerkschaftlichen Druck soll die Ausbildung nun mit dem Abschluss „staatlich anerkannte/r Erzieher/in“ und dem Zusatz „0–10 Jährige“ enden. Dass eine neue dreijährige Ausbildung der vierjährigen staatlich anerkannten Ausbildung im Gesetz lediglich durch einen Zusatz gleichgestellt werden kann und bundesweit anerkannt werden wird, bezweifeln Gewerkschaftsvertreter allerdings. Wenn es den neuen Berufsabschluss nur in Mecklenburg-Vorpommern geben sollte, stellt sich die Frage, wie die

Beschäftigten einen Job in einem anderen Bundesland finden. Und: Wie sollen sie bezahlt werden?

Im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) wären sie bis zu vier Entgeltgruppen niedriger eingestuft als staatlich anerkannte Erzieher/innen. „Statt der dringend nötigen Aufwertung drohen in den Kitas mittelfristig Gehaltskürzungen“, so der Schweriner ver.di-Sekretär Ivo Garbe. „Es kann nicht sein, dass Mecklenburg-Vorpommern in der frühkindlichen Bildung auf Billiglöhne setzt.“

Bildungsministerin Birgit Hesse, SPD, begründet ihren Plan ausgerechnet mit einem Verweis auf Baden-Württemberg, wo das neue Ausbildungsmodell bereits umgesetzt sei. Garbe hält dagegen, dass die Auszubildenden dort weiterhin nach vierjähriger vollwertiger Ausbildung den Titel der „staatlich anerkannten Erzieher/in“ erwerben. Zudem könnten die Ausgangsbedingungen in beiden Bundesländern kaum unterschiedlicher sein. So müsse eine Fachkraft im Nordosten etwa doppelt so viele Kinder betreuen. Dieses Verhältnis soll nun noch schlechter werden: Laut Gesetzesnovelle werden Auszubildende ab dem ersten Tag mit 30 Prozent einer Fachkraft auf den Stellenschlüssel angerechnet und in den folgenden Ausbildungsjahren mit 40 und 50 Prozent. Das ist schon deshalb absurd, weil sie im ersten Ausbildungsjahr und falls sie minderjährig sind, nicht eigenverantwortlich arbeiten dürfen. „Die ohnehin große Arbeitsbelastung in den Krippen und Kitas wird dadurch weiter zunehmen“, ist Garbe überzeugt.

Voraussichtlich im Juli wird im Schweriner Landtag über den Gesetzentwurf abgestimmt.

Mitbestimmung 4.0

INTERVIEW – Betriebsratsarbeit in außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Vom 20. bis 21. Juni 2017 fand die Konferenz der Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte (AGBR) der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Greifswald statt. Mit dabei: der Organisator und Ausrichter der diesjährigen Konferenz, Norbert Paschkowski vom Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Greifswald, und Dr. Gisela Bengtson vom Helmholtz-Zentrum in Geesthacht. Beide sind ver.di-Aktive und schon seit vielen Jahren in ihren jeweiligen Betriebsratsgremien aktiv.

VER.DI PUBLIK – Ihr kommt aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Beide Bundesländer sind eher strukturschwach. Wie viele Beschäftigte arbeiten jeweils in euren Einrichtungen?
GISELA BENGTON – Am Helmholtz-Zentrum in Geesthacht arbeiten rund 800 Beschäftigte, davon etwa 30 Azubis. Rechnet man unseren zweiten Standort in Brandenburg dazu, kommen wir auf 1.000 Beschäftigte.

NORBERT PASCHKOWSKI – Im Max-Planck-Institut sind wir etwa 430 Beschäftigte. Auch wir haben noch einen Standort in Garching bei München. Rechnen wir die Kolleginnen und Kollegen mit ein, kommen wir auf 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

VER.DI PUBLIK – Welche Themen sind von besonderer Bedeutung?

NORBERT PASCHKOWSKI – Wir diskutieren über das Thema Tarifvertrag und die Frage, wie der Tarifvertrag Öffentlicher Dienst (TVöD) mit unseren Bedarfen kompatibel ist. Im Grunde wünschen wir uns einen eigenen Tarifvertrag für die Forschung. Betrieblich haben wir ganz handfeste Themen. Da geht es um die Erarbeitung einer Betriebsvereinbarung Arbeitszeit mit den Bestandteilen Schichtarbeit im Experimentbetrieb und Rufbereitschaft.

GISELA BENGTON – Unser aktuelles Thema ist das mobile Arbeiten. Wir haben

zwar eine Vereinbarung zur Telearbeit. Die hilft uns aber nicht bei der Frage, was wir mit den Kollegen und Kolleginnen machen, die mit dem Laptop unterm Arm unterwegs sind. Wir wollen nicht, dass es allein von der Willkür des Chefs abhängt, ob eine individuelle Regelung möglich ist. Die Gestaltung der mobilen Arbeit soll für alle transparent und verbindlich in einer Betriebsvereinbarung festgeschrieben werden.

VER.DI PUBLIK – ver.di setzt sich für die Abschaffung sachgrundloser Befristungen ein. Wie viele gibt es bei euch?

GISELA BENGTON – Das ist bei uns ein wichtiges Thema. Wir haben etwa 55 Prozent Festangestellte. Die anderen sind überwiegend sachgrundlos befristet, entweder nach Wissenschaftszeitvertragsgesetz oder nach Teilzeitbefristungsgesetz. Das reicht vom Elektriker über die Sekretärin und die chemisch-pharmazeutische Angestellte bis zum Einkäufer.

VER.DI PUBLIK – Eure AGBR-Konferenz scheint etwas besonders zu sein, oder?

NORBERT PASCHKOWSKI – Im Rahmen der Konferenz der AGBR findet ein Austausch über alle Themen statt, mit denen wir als Betriebsräte und Personalräte in unserer Arbeit konfrontiert sind und die eine gemeinsame Position und Abstimmung erfordern.

GISELA BENGTON – Neben den Zentren der Helmholtz-Gemeinschaft und der Max-Planck-Gesellschaft gehören noch die Fraunhofer-Gesellschaft und die Leibniz-Gemeinschaft zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Im Rahmen der diesjährigen Konferenz ging es im Schwerpunkt um die Fragestellung, ob das Betriebsverfassungsgesetz den Herausforderungen des Zeitalters 4.0 standhält. Als Ergebnis sehen wir zwar längerfristig durchaus Reformbedarf, können aber bei konsequenter Anwendung auch mit der derzeitigen Fassung noch auskommen.

EDITORIAL



FOTO: ULF STEPHAN

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir hier im hohen Norden leben und arbeiten in den schönsten Bundesländern der Republik. Als frisch gewählte Landesbezirksleiterin bin ich nach dem Wechsel von Karin Hesse in den ver.di-Bundesvorstand seit Ende Februar verantwortlich für unseren Landesbezirk. Unsere Gewerkschaft ist in den Betrieben und Verwaltungen vor Ort aktiv, um die Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen zu verbessern und Solidarität erfahrbar zu machen. Von hoher Bedeutung ist aber auch, dass wir uns im politischen Raum bewegen, um den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern unsere gewerkschaftlichen Positionen zu vermitteln und ihnen die Folgen ihres Handelns aufzuzeigen. Die Auseinandersetzung um das Kindertagesförderungsgesetz (KiföG) in Mecklenburg-Vorpommern macht deutlich, dass es nicht allein reicht, unseren Standpunkt klar zu machen. Es braucht Gewerkschafterinnen wie Sabine Lünert aus Ludwigslust, die sich unermüdet und unverdrossen für unsere Forderungen einsetzen. Wir bleiben gemeinsam am Ball.

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen uns im Norden dafür ein, Beschäftigung zu sichern und Beschäftigungsperspektiven zu schaffen. Norbert Paschkowski aus Mecklenburg-Vorpommern und Gisela Bengtson aus Schleswig-Holstein seien hier stellvertretend für viele weitere Betriebs- und Personalräte genannt. Ich finde es überzeugend und richtig, dass sie sich vernetzen und eine engagierte Debatte über Chancen und Risiken der Digitalisierung führen.

In den vielen aktuellen Tarifrunden schwingt das Thema Digitalisierung mit. Infos und Sachstände zu unserer Tarifarbeit gibt es auf unserer Internetseite. Auf unserer ersten landesbezirklichen Seite in der „ver.di publik“ zeigen wir Beispiele für unsere gewerkschaftliche Arbeit. Wir nennen unsere Landesbezirksseite BLINKFÜR, plattdeutsch für Leuchtfuer, und Leuchtfuer schaffen Orientierung.

Ich wünsche viel Freude bei der Lektüre unseres BLINKFÜERS und eine schöne, möglichst stressfreie Sommerzeit.

Susanne Schöttke

Susanne Schöttke
Landesbezirksleiterin ver.di Nord

Starke Gewerkschaftsarbeit

BILDUNG – Ehrenamtsakademie Nord bereitet auf ehren- und hauptamtliche Tätigkeiten vor

Seit 2001 wird im Landesbezirk Nord erörtert, wie Interessierte auf die ehrenamtliche Arbeit in ver.di vorbereitet werden können – Menschen, die ver.di gestalten und positiv verändern wollen. Die Antwort: durch eine passgenaue und eng begleitende Qualifizierung. Dafür wurde vom Landesbezirksvorstand Nord die Ehrenamtsakademie (EAA) gegründet.

Im Kern besteht die Ehrenamtsakademie aus drei Säulen. Im ersten Abschnitt steht die Analyse von Vorerfahrungen in den Bereichen Gesellschaftspolitik, Arbeits- und Sozialrecht mit individuellen Angeboten zur Qualifizierung im Vordergrund. Darauf folgend findet der Blick in den Maschinenraum unserer Gewerkschaft statt: Wie ist ver.di organisiert, und wer sorgt dafür, dass mit den Haushaltsmitteln verantwortlich umgegangen wird? Die trockene Materie wird durch

die eingeladenen Spezialisten, wie zum Beispiel den Personalverantwortlichen im ver.di-Landesbezirk Nord, Lutz Eilrich, vermittelt. Im dritten Teil kommt es zur konkreten Projektarbeit. Jeder Teilnehmer an der EAA hat die Aufgabe, sich ein Projekt zu suchen, das für seinen Fachbereich, seinen Bezirk oder seine Betriebsgruppe einen Mehrwert bringen kann. Entscheidend ist zu erfahren: Was muss ich tun, wen muss ich ansprechen? Und nicht zuletzt: Wo gibt es das Geld zur Finanzierung?

Die Teilnehmenden haben über 18 Monate acht Wochenend- und ein Wochenendseminar zu absolvieren. Im Herbst 2016 begann der sechste Durchgang der EAA, erstmals unter der Verantwortung von Norman Gohla, der unter anderem auch Mitglied des Landesbezirksvorstandes ist. „Die Teilnahme ist supererfreulich, denn

es ist nicht selbstverständlich, Freizeit und Privatleben hintanzustellen“, bewertet Norman den Stand. Die ersten fünf Durchgänge standen unter der Verantwortung des ehrenamtlichen Kollegen Egon Dibern. Er unterstützt Norman auch in diesem Durchgang. Viele Absolventinnen

und Absolventen der EAA sind mittlerweile für ver.di ehrenamtlich oder hauptamtlich in Leitungsfunktionen tätig. Aus dem aktuellen Durchgang ist zum Beispiel Michael Beck gerade erst zum Vorsitzenden eines Betriebsrats bei der Telekom gewählt geworden.



Übungseinheit bei der Ehrenamtsakademie Nord

FOTO: UWE GIER

DÜT UN DAT

24. bis 28. Juli
DIE BETRIEBSRATSFABRIK, BR-SEMINAR
Infos: <https://youtu.be/a-V-aA38lmQ>

17. bis 22. September
MEHR DEMOKRATIE WAGEN
Leuchtturm-Seminar für aktive Mitglieder

20. September
SITZUNG DES LANDESBEZIRKSVORSTANDES

24. September
BUNDESTAGSWAHL
die Positionen von ver.di finden sich im Internet unter <http://nord.verdi.de/bundestagswahl-2017>

6. bis 11. November
GUTE AUSBILDUNG – GUTE ARBEIT